

Antrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

Am Atomausstieg muss festgehalten werden

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Angesichts der Pläne der Bundesregierung, die Laufzeit der Kernkraftwerke (KKW) bis zu 60 Jahre zu verlängern, wird der weitere Ausbau Erneuerbarer Energien und die Schaffung dezentraler Lösungen verzögert. Atomkraft bietet keine Lösung der Energieprobleme. Der Rohstoff Uran ist nur begrenzt vorhanden. Die Endlagerproblematik ist weltweit ungelöst. Klimaschutz und eine zugleich verlässliche und bezahlbare Energieversorgung werden künftig nur durch die konsequente Verbesserung der Energieeffizienz, den Ausbau Erneuerbarer Energien und Energieeinsparung sichergestellt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass:

- a) am Atomausstieg und den Restlaufzeiten der KKW festgehalten,
- b) ein sofortiger Einlagerungsstopp für Brennelemente im Atomlager Gorleben erlassen und
- c) ein ergebnisoffenes und bundesweites Endlager-Suchverfahren für hochradioaktive Brennelemente eingeleitet wird.

Begründung:

Eine sichere, nachhaltige Energieversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Atomkraft ist hoch riskant, gesundheitsgefährdend, teuer, überholt und rückwärtsgewandt. Bis heute ist völlig ungeklärt, wie mit Atom Müll in Zukunft umgegangen werden kann. Atomtechnologie ist eine Risikotechnologie. Schon heute arbeiten 300.000 Menschen in der Erneuerbare-Energien-Branche – und nur 30.000 im Atomsektor.

Datum des Eingangs: 27.04.2010 / Ausgegeben: 27.04.2010

Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem energiepolitischen Gesamtkonzept, auf dessen Grundlage ab Herbst die Entscheidung über die Laufzeiten für Kernkraftwerke in Deutschland getroffen werden soll. Gutachter sollen eine Verlängerung von vier, zwölf, 20 und 28 Jahren prüfen. Unter der rot-grünen Regierung wäre der letzte Reaktor 2022 abgeschaltet worden, nach der jetzigen Bundesregierung könnte das letzte Atomkraftwerk dann 2050 vom Netz gehen.

Die Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlager ist mehr als fraglich. Es gibt seit Jahrzehnten ernstzunehmende Wissenschaftler, die Gorleben für ungeeignet halten. Außerdem gibt es seit Jahrzehnten eine massive Gegenwehr der örtlichen Bevölkerung, unabhängig vom politischen oder sozialen Hintergrund. Durch die Anhäufung von Strahlenmüll im Wendland sollen Fakten geschaffen werden, die Risiken werden völlig ausgeblendet.

Die Bundesregierung hält trotz begründeter Bedenken an Gorleben fest, um nach dem „Asse-Desaster“ überhaupt einen Entsorgungsnachweis für KKW-Betreiber erbringen zu können. Fehlt der Entsorgungsnachweis, sind die Betriebsgenehmigungen deutscher KKW aufzuheben.

Die Ankündigung des Bundesumweltministers, die Erkundung Gorlebens als mögliches atomares Endlager wieder aufzunehmen, kann nicht akzeptiert werden. Ein grundlegender Neuanfang in der Endlagersuche ist notwendig. Dazu sollte ein bundesweites Suchverfahren unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet werden.

Statt in die hoch riskante Atomtechnologie zu investieren, sollte dafür Sorge getragen werden, dass die Erneuerbaren Energien als tragende Säule der Energieversorgung beschleunigt ausgebaut, der dafür notwendige Netzausbau und die Weiterentwicklung der Speichermedien forciert sowie zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Energieeinsparung die Weiterentwicklung der Energieeffizienztechnologien vorangetrieben werden.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE